

**Antrag**

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 17.03.2009

**Durchlässigkeit fördern - Turboabitur an Gesamtschulen stoppen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

1. Die gegenwärtige Schulstruktur und die im Kabinettsbeschluss „Bildungsland Niedersachsen - Erfolge und Herausforderungen“ angekündigten Änderungen behindern den Wechsel zwischen den Schulformen an weiterführenden Schulen. Durch die Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren am Gymnasium und der damit verbundenen Verdichtung des gymnasialen Curriculums, ist der Wechsel von einer Realschule auf ein Gymnasium strukturell bedingt nur in wenigen Ausnahmefällen und unter großen Anstrengungen und Entbehrungen vonseiten der Schülerin bzw. des Schülers zu leisten. Durch die engere Verzahnung von Haupt- und Realschule mit der beruflichen Bildung wird der Abstand zwischen dem Gymnasium auf der einen Seite und den Haupt- und Realschulen auf der anderen Seite unnötig vergrößert und ein Wechsel „nach oben“ faktisch unmöglich gemacht.
2. Die Aufstiegschancen und die Durchlässigkeit zu einem hohen Bildungsabschluss sind von zentraler Bedeutung und schützenswerte bzw. anzustrebende Eigenschaften eines Bildungssystems. Wirkliche Durchlässigkeit und Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von der sozialen Herkunft kann nur in einer gemeinsamen Schule bis zur 10. Klasse erreicht werden. Bei allen Reformen im bestehenden vielgliedrigen Schulsystem muss die Möglichkeit für Schülerinnen und Schüler auch nach der Aufteilung auf unterschiedliche Schulformen nach Klasse 4 die Schule ohne großen Zeitverlust zu wechseln, im Zentrum stehen.
3. An den Integrierten Gesamtschulen (IGS) des Landes besteht die Möglichkeit des längeren gemeinsamen Lernens und der Rücksichtnahme auf unterschiedliche Lern- und Entwicklungsgeschwindigkeiten. Als Ergebnis erreichen viele Jugendliche, die mit einer Hauptsektorempfehlung an eine Integrierte Gesamtschule gekommen sind, nach 13 Jahren das Abitur. Diese Schulen garantieren aufgrund ihres Konzeptes eine Sekundarstufe I, in der Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlicher Leistungsstärke und Schullaufbahnpfehlung zusammenkommen, ein hohes Maß an Aufstiegschancen für Jugendliche, deren Lernerfolg verspätet einsetzt, und ist somit ein Erfolgsmodell.
4. Nach der Aufweichung des Gründungsverbots von Gesamtschulen haben sich Initiativen in ganz Niedersachsen mit dem Ziel der Errichtung einer Integrierten Gesamtschule gegründet. Die Genehmigung von 13 neuen Gesamtschulen zum Schuljahr 2009/10 sowie zahlreiche weitere Anträge zeugen von der Attraktivität des IGS-Ansatzes mit längerem gemeinsamen Lernen, Lernberichten statt Noten bis Klasse 8 sowie dem Abitur nach 13 Jahren.
5. Ein Abitur nach 13 Jahren an Integrierten Gesamtschulen ist die Voraussetzung für gemeinsamen Unterricht aller Schülerinnen und Schüler in den unteren Jahrgängen. Eine Verkürzung des Abiturs an den Integrierten Gesamtschulen um ein Jahr führt nicht nur zu einem gedrängten Curriculum in den höheren Klassenstufen, sondern zwangsweise zu einer stärkeren Leistungsdifferenzierung und mehr Unterrichtsstunden für den gymnasialen Zweig ab Klassenstufe 5. Damit verhindert das Turbo-Abitur an der Integrierten Gesamtschule die Aufstiegschancen von Jugendlichen, deren Leistungsstärke nicht in den ersten Schuljahren vollständig zum

Tragen kommt und konterkariert das pädagogische Konzept von Integrierten Gesamtschulen. Das integrative Moment des Schulkonzeptes wird damit zerstört und der Kern einer Integrierten Gesamtschule zunichte gemacht.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf:

1. die Durchlässigkeit von Hauptschulen in Realschulen und von Realschulen auf das Gymnasium zu stärken und ins Zentrum ihrer Strukturreform des Schulwesens zu stellen,
2. die Hauptschulen nicht von den anderen Schulformen abzukoppeln, indem der Unterricht an den Hauptschulen um zwei Schultage in der Woche zugunsten von Unterricht an einer berufsbildenden Schule gekürzt wird,
3. die Realschulen nicht weiter vom Gymnasium abzukoppeln; die Kooperation mit berufsbildenden Schulen und die Stärkung der Berufsorientierung im Unterricht wird nicht ausgebaut,
4. das Modell der Integrierten Gesamtschulen in seiner bisherigen pädagogischen Konzeption zu stärken und weiterhin an einem IGS-Abitur nach 13 Jahren festzuhalten.

#### Begründung

Die Pläne der Landesregierung, wie sie im Kabinettsbeschluss „Bildungsland Niedersachsen - Erfolge und Herausforderungen“ dargelegt sind, stellen eine Fortsetzung des Feldzuges gegen die Gesamtschulen dar. Neben unangemessen hohen Anforderungen für die Neugründung von Gesamtschulen - Fünffügigkeit, Beibehaltung des gegliederten Schulsystems, Bedarfsplanung über Jahrzehnte hinweg - soll nun der gemeinsame Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlicher Leistungsstärke torpediert werden. Dabei sichert gerade dieser gemeinsame Unterricht die Aufstiegschancen von „Spätentwicklern“ und federt die groben Ungerechtigkeiten, die das dreigliedrige Schulsystem befördert, in Einzelfällen ab. Schulen wie die Integrierte Gesamtschule Göttingen zeigen dies jedes Jahr aufs Neue; dort legt etwa die Hälfte der hauptschulempfohlenen Kinder nach 13 Jahren das Abitur ab. Die Streichung des letzten Jahres für den Abiturwerb wird das gemeinsame Lernen von leistungsstärkeren und leistungsschwächeren Schülern in unteren Klassenstufen nahezu unmöglich gemacht, weil auch das Abitur an der Integrierten Gesamtschule sich an die Vorgabe der Kultusministerkonferenz halten muss, die 265 Wochenstunden Unterricht bis zum Abitur vorgibt. Es wird also zwangsweise eine Verdichtung des Curriculums in den unteren Jahrgängen geben, was dazu führt, dass die Schülerinnen und Schüler sich früher für einen Bildungsweg entscheiden müssen und das längere gemeinsame Lernen aufgegeben wird. Die zurzeit gültigen Erlasse sehen für G-8-Gymnasiasten bis Klasse 10 192 Wochenstunden vor, für Schülerinnen und Schüler der Integrierten Gesamtschulen lediglich 179 Wochenstunden. Mit einer Annäherung bzw. Angleichung der Integrierten Gesamtschulen an die Wochenstundenzahl der Gymnasien stirbt der integrative Unterricht und somit das pädagogische Konzept einer Integrierten Gesamtschule. Hiervon werden nicht nur die Integrierten Gesamtschulen mit einem Oberstufenzweig betroffen sein, sondern alle Integrierten Gesamtschulen, da andernfalls die Schülerinnen und Schüler von Gesamtschulen ohne Sekundarstufe II keine Möglichkeit hätten, ohne Zeitverlust in die Oberstufe einer anderen Integrierten Gesamtschule zu wechseln. Die Abkoppelung der angehenden Abiturientinnen und Abiturienten von den restlichen Schülergruppen wird damit an den Gesamtschulen etabliert.

Da hohe Bildungsabschlüsse ein wichtiger Faktor für ein späteres erfolgreiches Berufsleben darstellen und der Zugang zu (höherer) Bildung sowohl für die persönliche als auch für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung von enormer Bedeutung sind, muss das Bildungssystem zu jedem Zeitpunkt und auf jeder Stufe nach oben durchlässig sein und darf keine strukturellen Hürden aufbauen. Die Trennung der angehenden Abiturientinnen und Abiturienten von den übrigen Schülerinnen und Schülern steht diesem Ziel diametral entgegen, wird aber in dem Kabinettsbeschluss der Landesregierung forciert. Zusätzlich zum Feldzug gegen die Integrierten Gesamtschulen wird das gegliederte Schulsystem weiterhin zementiert und eine Mauer um die Gymnasien gezogen. Durch die stärkere Fixierung auf die berufliche Orientierung werden es Haupt- und Realschülerinnen und -schüler zunehmend schwerer haben, „nach oben“ zu wechseln, weil die Unterschiede im Unterricht so gravierend sind, dass ein Wechsel nur mit einem erheblichen Zeitverlust und Arbeitsaufwand zu bewältigen ist. Die bestehende Abschottungspolitik der Gymnasien wird durch die flä-

chendeckende Einführung des „Neustädter Modells“ an Hauptschulen und die Stärkung der beruflichen Orientierung an Realschulen fortgeschrieben und somit die Durchlässigkeit des Bildungssystems behindert.

Christa Reichwaldt

Parlamentarische Geschäftsführerin